



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Müller, Leopold H.: Gegen den Staatssozialismus : Broschüre in drei  
Abhandlungen von Barth, Bamberger und Broemel.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Gegen den Staatssozialismus.

Broschüre in drei Abhandlungen von Barth, Bamberger und Broemel.

Parire den!

Warum denn nicht?



Es bedarf keines Fechtmeisters von erstem Range, wie Mephistopheles es ist, um diese Broschüre abzuwehren. Der jüngste Fuchs reicht dazu vollständig aus. Der Leser möge Nachsicht haben, wenn besagter Fuchs noch etwas „flachmeiert.“ Es kommt wirklich nicht darauf an, bei einem Gegner, der selber keinen scharfen Sieb zu schlagen versteht.

Übrigens ist es gut, daß sie endlich da ist, die Broschüre. Sechs Wochen vorher mindestens hat man gewußt, daß Drillingseier gelegt werden sollten. Was sonst in der Natur Eier legt, begnügt sich mit ebensoviel Minuten, um das große Werk geräuschvoll zu annonciren. Sechs Wochen vorher war grausamer Weise dem Staatssozialismus die Publikation seines Todesurteils in sichere Aussicht gestellt. Nun kam der große Tag. Jagend macht man sich an die Lektüre und — genießt am Schlusse das angenehme Gefühl: Gottlob, das lief noch gut ab. Also drei Abhandlungen auf einmal für eine deutsche Reichsmark! Vielleicht eine Trilogie? Nicht ganz: sie packen denselben Gegenstand von verschiedenen Seiten. Wenn man sie auch nacheinander liest, sollen sie doch gleichzeitig wirken. Richard Wagner würde gesagt haben: es ist ein polyphoner Satz, in dem jede Einzelstimme ihren individuell bestimmten Anteil am Gefühlsausdrucke hat. Der Meister duldet polyphone Sätze bekanntlich nur da, wo sich das Drama zum lyrischen Erguß zusammendrängt. Und lyrisch ist denn auch der Charakter unsrer Broschüre. Sie betrifft die bösen, bösen Zeiten — oder eigentlich auch nicht die bösen Zeiten. Die könnten ja wundernett sein, wenn nur nicht diese bösen Störenfriede da wären und aus der Welt einen feurigen Ofen machten. Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß ich die Herren Verfasser mit den drei Männern im feurigen Ofen vergleichen will. Diese sangen in ihrer brenzlichsten Situation doch wenigstens ein neues Lied, aber was wir in der Broschüre finden, das ist nichts als „die alte Weise wieder, die, fürcht' ich, weder stimmt noch tönt.“ Eher könnte man, wenigstens von der die Melodie führenden Oberstimme, sagen: Jeremias läßt auf den Trümmern Jerusalems

der einzige Cromwell übriggeblieben sei. „Er rang wie ein Riese von Angesicht zu Angesicht, Brust gegen Brust, mit der nackten Wahrheit der Dinge!“ Die Anwendung ergibt sich von selbst.

Grenzboten I. 1884.

wieder einmal seinen nationalen Klageruf erschallen! Diesmal freilich — und das ist das einzig Neue an ihm — mit einer Intensität, als käme es ihm wirklich vom „Herzen“! Nach seinen Ausführungen ist nämlich dem Staatssozialismus bereits so viel gelungen, insbesondere sind den Herren Geldwechslern bereits die Fänge so wirksam beschnitten, daß man sich freudig staunend fragt: Sollten wir wirklich schon so weit sein, in ein paar lumpigen Jahren schon so Großes erreicht haben? Leider ist nur dem Handelsmanne gerade dann am wenigsten Glauben zu schenken, wenn er über schlechte Zeiten klagt. Der Staatssozialismus ist noch längst kein Heiland, der die Wechsler aus dem Tempel werfen könnte. Aber er wird's vielleicht noch einmal, trotz des allgemeinen Deutschen Geldsackvereins unter Herrn Broemels Präsidium. Dieser ist die Pointe der ganzen Broschüre. Alle drei Verfasser streben auf ihn hin, aber Herrn Broemel ist die Aufgabe geworden, recht eigentlich dem großen praktischpolitischen Plane die entsprechenden Worte zu verleihen. Leider hat diese Aufgabe so sehr sein ganzes Denken in Beschlag genommen, daß alles übrige in seiner langen Abhandlung steril ist wie ein Programm der Fortschrittspartei. Kein lichtvoller Gedanke, keine pikante Auffassung, keine drastische Darstellung. Das Ganze liest sich fast wie ein Wahlredenformular. Der Ideengang ist ungefähr folgender.

Der Staatssozialismus stelle die Lage der untern Klassen zu pessimistisch dar. Sie sei nicht so schlimm. Die Statistik (das versteht sich, immer die Statistik!) beweise, daß der Kapitalgewinn ab- und der Arbeitslohn zunehme. Eine Kontrolle des wirtschaftlichen Erwerbes durch den Staat sei darum nicht notwendig. Der Staat kontrollire die Künstler nicht, wenn sie ihre Kunstwerke schaffen (ja ja, das steht darin, S. 51!) also brauche er sich auch bei der Füllung der Geldsäcke nicht einzumischen. Die Staatssozialisten verursachten nun aber in der wirtschaftlichen Entwicklung eine enorme Störung. Niemand könne mehr einen Rebbes machen. Und ihr Einfluß würde bereits so stark, daß die Herren Manchestermänner im Reichstage vollständig brachgelegt wären. Die besten legislatorischen Absichten, die sie fürs Volkswohl hätten, würden ihnen durchkreuzt. Sie säßen da „mit's Talent“ und könnten's nicht verwerten. Man dürfe aber ganz sicher sein, daß alle Wohlthaten, die die Regierung dem Volke erweisen wolle, von ihnen weit überboten worden wären, wenn man ihnen nach 1876 weiter freie Hand gelassen hätte. So wie die Sachen jetzt stünden, bliebe nichts übrig, als sich in Defensive zu halten. Und zu diesem Zwecke wird dann schließlich der indolente deutsche Philister energisch aus seiner Lethargie aufgerüttelt, und aufgefordert, sich baldmöglichst zu einem Vereine, der die „private Erwerbsthätigkeit“ verteidigen soll, zusammenzuthun. Die verschiedenartigsten Parteiniüancen könnten sich in diesem Verein zusammenfinden, sogar der Kulturkampf müsse hier aufhören. Mit Recht! Denn wenn irgend etwas, so ist der Geldsack den Weg nach Canossa wert. Das Ganze soll wohl so eine Art

„Reichsverein“ mumienhaften Angedenkens werden, wie wir ihn eine Zeit lang in Bremen genossen haben, dirigirt von Tabak, Manchester und Langerweile.

Wie man sieht, bietet der Aufsatz des Neuen nicht gar viel. Das hindert indes nicht, daß man einige wenige Ausführungen mit großer Ergözung liest. Ich übergehe die Stelle, in der die Statistik als Bundesgenossin herangezogen wird. Verständigerweise bringt Herr Broemel keine Zahlen. Gegen jemand, der mir mit statistischen Ziffern kommt, habe ich immer dasselbe Gefühl wie gegen meinen Tischnachbar, der mir Jagdgeschichten erzählen will. Ich sage ihm dann gewöhnlich: „Bitte, wenden Sie sich an Ihren Nachbar auf der andern Seite. Ich lüge selbst.“ Ganz in konventioneller Manier gehalten ist die Schilderung, wie der Mensch es — durch Dampfmaschinen und Elektrizität natürlich — bereits so herrlich weit gebracht habe, und das ohne den Racker von Staat! Ein Optimismus wie bei Reuters klassischem Dorfschulmeister, der die Welt so schön findet, daß er sie selbst nicht hätte besser machen können. Dann ist noch die schon vorher angedeutete Stelle (S. 51), die ich wörtlich zitiren will, außerordentlich bezeichnend für Manchester: „Wir haben gelernt, uns zu bescheiden den großen Außerungen menschlichen Kulturlebens gegenüber, als Religion, Sitte, Wissenschaft, Kunst, Literatur. . . . Keiner Regierung kann heute der Gedanke kommen, der Kunst ihre Richtung mittelst Gesetz und Verordnung vorzuschreiben oder die Literatur eines Volks zu »verstaatlichen.«“ Folglich — und nun kommt der reizende Schluß — darf auch der Geldsack nicht verstaatlicht oder vom Staat kontrollirt werden! Ist das nicht ungefähr, als ob sich ein eingelochter Spitzbube über das Gericht beschwerte: „Alle ehrlichen Leute laufen doch frei herum, und bloß ich soll brummen?“ Wissenschaft, Kunst, Literatur und Geldsack, das ist für diese Herren alles eins. Wirklich amüsirt hat mich schließlich die Stelle, welche den Vorwurf der Unproduktivität von der Manchesterpartei abwehrt (S. 72—74). Herr Broemel will das *laissez faire* nicht als *laissez mourir* verstanden haben. Für absolute Passivität des Staates ist er nicht. Im Gegenteil hätten seine Leute, solange sie das Heft in der Hand gehabt, durch Thaten bewiesen, daß sie für soziale Mißstände und wirtschaftliche Bedrängnisse wohl gesetzgeberische Arznei gewußt hätten. Als solche wird denn nun die Reichsgesetzgebung von 1867 bis 1876 hingestellt, mit ihrer Pressfreiheit, Gewerbe-freiheit, Freizügigkeit, den heillosten Genossenschaften u. s. w. Derartige Gesetze nennt Herr Broemel positives Eingreifen des Staates in die wirtschaftliche Entwicklung — ich nenne es positives Hinausgeworfenwerden aus derselben. Was aber für die Vergangenheit gelte, würde noch mehr für die Zukunft gegolten haben, erklärt der Verfasser. Arbeiterfrage, Besteuerung, Zollpolitik und Verkehrs-wesen, alle hätten die schönsten Beförderungsmaßregeln von Manchester zu erwarten gehabt. Jetzt natürlich sei alles Essig. Mir fällt dabei eine prach-tvolle Geschichte aus den Fliegenden Blättern ein: Tzig sieht auf einem Baume einen Apfel, der schwer zu erlangen ist. „Ich geb' zehn Mark, wenn ich ihn

krieg" ruft er und klettert hinauf. Halb ist er oben. „Setzt geb' ich nur noch fünf!“ Endlich braucht er nur noch die Hand auszustrecken: „Setzt geb' ich nicht mehr!“ triumphirt der Treulose. In demselben Augenblicke bricht der Ast, und Thig plumpst ohne Apfel auf die Erde herab. „Haßt e Voreiligkeit vom Herrgott, meint er stöhnend, vielleicht hätt' ich doch gegeben!“ Ja, unser Herrgott ist leider zuweilen recht voreilig, das hat er „so an sich.“

Herr Broemel führt uns die Schlachtordnung vor, in welcher er seine Truppen aufzustellen gedenkt. Herr Dr. Barth dagegen repräsentirt die kühne Refognosirungspatrouille, die den Gegner scharf ins Auge faßt und seine Schwächen ausforscht. Er giebt uns die charakteristischen Eigentümlichkeiten des Staatssozialismus. Zunächst setzt er uns auseinander, wer die Vertreter dieser Richtung seien, nämlich theils Philanthropen, theils Doktrinäre, theils Politiker, die den Sozialismus als Mittel zum Machterwerb benutzen. Dann schildert er die Hilfsgruppen des Feindes: 1. Schutzöllner und Agrarier, die eigentlich nur irrtümlicherweise in sein Lager geraten seien. Diese warnt er: der losgelassene Sozialismus würde vor dem Grundeigentum nicht Halt machen. 2. Die Arbeiter. Diese warnt er auch: der Staatssozialismus beabsichtige ihnen jede Disposition über ihre Einkünfte zu nehmen und sie völlig zu Unfreien, glebae adscriptis, zu machen. Endlich hebt er als hervorragende Eigentümlichkeit des Sozialismus seinen Haß gegen den Handel hervor. Damit ist's „alle,“ ein bißchen früh.

Es sind nicht eben viel Charakteristica, die uns mitgeteilt werden. Auch dienen sie eigentlich kaum weiter zur Kennzeichnung, als wenn man von einem Menschen sagt: „Er hat die Nase mitten im Gesicht.“ Aber an und für sich ist, was er sagt, klar, präzise und auch — cum grano salis — zum großen Teil richtig. Barth hat Esprit, ein in den Reihen Manchester's sonst unbekannter Artikel, und er wird recht gut wissen, wie seine beiden Broschürenkollegen in der Beziehung allerliebste Folie zu ihm bilden. Man verzeihe, wenn ich für meinen engern Landsmann über Gebühr schwärmen sollte. Wir Bremer sind allerdings fabelhafte Lokalpatrioten. Ich kenne Barth als Idealisten von jeher. Er ist vom Semitismus irreführt, wie wir es alle wurden, und jetzt zu stolz, die einmal erfaßte Meinung zu ändern. Aber „diesen Butler geb' ich noch nicht auf.“

Gleich die Formel, in der er die wissenschaftliche Begründung des Staatssozialismus zusammenfaßt: „Hervorrufen eines Maximums wirtschaftlicher Wirkung mit einem Minimum von wirtschaftlicher Kraft“ ist freilich nicht tiefgehend und nicht allumfassend, aber sie ist drastisch und größtenteils richtig. Diese Formel liege der Verstaatlichungspolitik des Staatssozialismus zu Grunde. Was nun diese betrifft, so leugnet er in seinen Deduktionen durchaus nicht, daß das Zusammenfassen wirtschaftlicher Kräfte in einer mächtigen Hand die Leistungsfähigkeit erhöhen könnte. Er meint nur, es gebe sehr bald eine Grenze,

an der die Zentralisation wegen eintretender Unübersichtlichkeit zu größerer Unwirtschaftlichkeit führe. Eine konsequent durchgeführte Verstaatlichung in allen Erwerbszweigen müsse wirtschaftlichen Schiffbruch leiden, weil die menschlichen Kräfte sich auf die Dauer nicht anspannen ließen ohne die Triebfeder des Egoismus. Das wolle der Staatssozialismus auch gar nicht, er suche sich vielmehr die zur Verstaatlichung geeigneten Erwerbszweige aus. Logisch sei das freilich nicht, denn aus demselben Grunde, wie ein Erwerbszweig verstaatlicht würde, müßten es auch alle andern werden. Aber die praktische Welt baue sich auch nicht allein auf der Logik auf.

Sa, in diesen Ausführungen ist kein Wort, das man nicht gern unterschriebe. Der Staatssozialismus ist zur Zeit wirklich weiter nichts — und zwar nicht allein in seinen Verstaatlichungsideen, sondern auch in seinen Kontrollmaßregeln —, als eine Politik von Fall zu Fall. Man lese die Schriften seiner Koryphäen und überzeuge sich, mit welcher ängstlichen Vorsicht nur sie sich entschließen, Schritt vor Schritt weiter zu gehen. Verstaatlichung aller Gewerbe und Kollektiveigentum mögen höchstens in dem Sinne Ideale des Staatssozialismus sein, wie die Durchführung des Prinzips allgemeiner Brüderlichkeit unter den Menschen. In späterer Zeit soll auch einmal, wie unsre Naturforscher sagen, die Sonne erlöschen. Aber wem fällt es ein, sich mit derartigen fernliegenden Eventualitäten zu befassen?

Der Fehler des Verfassers besteht darin, daß seine Darstellung Lücken hat. Das Ziel, dem der Staatssozialismus zur Zeit nachstrebt, ist weniger eine Verstaatlichung, als eine Kontrolle des Erwerbes. Es handelt sich in erster Linie darum, die Konkurrenz-anarchie zu beseitigen oder zu mildern. Diese Richtung des Staatssozialismus erwähnt Barth nirgends, obwohl sie eigentlich allein für die Gegenwart von Interesse ist. Denn eine allgemeine Verstaatlichung des Eigentums ist zur Zeit nichts als ein Hirngespinnst, eine *quaestio academica* ohne praktischen Wert.

Aus den übrigen Ausführungen Barths möchte ich noch den interessanten Abschnitt, der die Stellung des Staatssozialismus zum Handel bespricht, hervorheben. Barth zeigt hier auch hübsche historische Kenntnisse und legt endlich den wahren Grund des Abfalls der Niederlande von Spanien bloß. Dieser soll nämlich die „Alkavala“ sein, eine von Alba auferlegte ziemlich hohe Umsatzsteuer. Wenns ihm nur die Holländer nicht übel nehmen! Übrigens geht er zu weit, wenn er sagt, der Staatssozialismus sei ein Feind jedes Handels. Der wirtschaftlich berechnete Handel, welcher Produzent und Konsument zusammenführt, wird wahrlich von uns nicht verachtet, sondern nur der, der sich unnötigerweise zwischen beide schiebt. Zum Schluß danke ich dem Verfasser für sein offenes Anerkenntnis, daß die Jugend Deutschlands bereits größtenteils staatssozialistisch sei. Ein Geschichtskenner wie Barth weiß, daß die großen Ideenumwälzungen im Kulturleben stets von der Jugend getragen werden. Instinkt und Divination ergeben

bei ihr die Verstandesthätigkeit, zu der uns Ältere die Erfahrung anleitet. Und nur das Unbewußte siegt, im Leben wie in der Kunst.

In einem erstaunlichen Kontrast zu dem präzisen Stile Barths und den freilich oberflächlichen, aber von seinem Standpunkte aus nicht unverständigen Ausführungen Broemels steht nun die erste Abhandlung. Sie ist schwer wiederzugeben wegen ihres ganz molluskenhaften Charakters. Ein Thema hat sie nicht, wenigstens ist die Überschrift: „Invasion des Staatssozialismus“ kein Thema, sondern nur eine Phrase. Gedankengänge kennt sie auch nicht. Man ist zu Anfang gerade so weit wie am Schluß, und dreht sich in einem Zirkel trotz der vier Kapitel, in die sie eingeteilt ist. Man könnte sie eine Ouvertüre nennen, in welche die Leitmotive des Dramas durch- und übereinander gebrockt sind. Die Tonart ist ein sehr entschiedenes Moll. Der Inhalt wimmelt von Vorwürfen gegen die Feinde, den Staat, die eignen Anhänger, von Zetergeschrei über alles, was schon ruiniert sei, von Beshwörungen, man möge doch um Gotteswillen Frieden halten, sonst ginge alles zu Grunde, von Insinuationen und Verdächtigungen; ja selbst Beleidigungen fehlen nicht. Ich muß darauf verzichten, die zahlreichen logischen Kraftleistungen der Schrift hier einzeln zu würdigen. Hohergöglisch ist, wie Bamberger den Staatssozialismus im einzelnen charakterisiert. Kapitalistisch heiße bei ihm soviel wie sündhaft. Bei den Debatten über Besteuerung des Kapitals frage man immer nur: Wie faßt man den Dieb? Die Gegenpartei bestehe aus Raubrittern, die „Pfeffersäcke niederwerfen“ wollen. Der Staatssozialist erkenne im Diesseits nichts als die Materie an, das geistige Element verlege er ins Jenseits. Human sei er nur gegen Kaninchen, die viviseziert werden sollten, Menschen gönne er die Prügelstrafe. Wer sich nicht für Hauen und Köpfen begeistere, gelte für schwächlich u. s. w. Man sieht, es ist Stimmung in dieser Schilderung. Humanität ist das dritte Wort. Und vom Standpunkt der Humanität aus erschallen denn auch sicherlich die wohlgemeinten Warnrufe an das deutsche Volk, daß sein ganzes hißchen Hab und Gut jetzt auf dem Spiele stehe, wenn es nicht umkehre in das gelobte Land Manchester.

Nun, mit solchen Warnrufen ist es eine eigne Sache. Manchmal hofft der Warner von seiner Warnung mehr für sich als für den Gewarnten. Um irgend ein hier gar nicht hergehöriges Beispiel zu nehmen: Niemand warnt seine Opfer mehr vor Leichtsinn und Verschwendung als der Bucherer, und niemand sucht eifriger vom Hasardspiel abzuraten als der glückliche Spieler, der kalte Füße bekommen hat. Von so etwas kann hier natürlich nicht die Rede sein. Herrn Bambergers Warnungen sind ja von der Humanität diktiert! Und materiell mag er Recht haben. Es wird eine bittere und langwierige Kur werden, der sich unser Volk unterziehen muß. Garnicht unmöglich, daß, wie Herr Bamberger S. 16 in Aussicht stellt, das angegriffene Kapital ganz flüchtet aus dem Bereiche einer so unangenehmen Gesetzgebung. Darüber wäre nun

vielleicht noch hinwegzukommen, aber wenn dann auch diejenige species generis humani mitflüchten sollte, die jetzt das Kapital ungefähr allein in den Händen hat, dann wäre es aus mit Deutschland. Von einem solchen Verluste würden wir uns allerdings nie wieder erholen.

Bremen.

Leopold H. Müller.



## Humanität im Strafrecht.



Es ist bezeichnend für die heute über den Begriff „Strafe“ herrschenden Anschauungen, daß ein Verfechter der Ansicht, daß unverbesserliche Verbrecher und überhaupt solche Delinquenten, welche der Gesellschaft zur Plage werden, lebenslang einzusperrern und angemessen zu beschäftigen seien, diese seine Ansicht mit den Worten begleitet, er sei sich „vollkommen bewußt, daß ihn von gewissen Seiten der Tadel der Grausamkeit oder wenigstens der Inhumanität treffen“ werde. (Vgl. Nr. 43 des Jahrgangs 1883 dieser Zeitschrift.)

Diese „gewissen Seiten“ sind leider nicht nur eine geringe Zahl besonders empfindsam angelegter Laien, sondern auch eine nicht unbeträchtliche Zahl Sachverständiger. Insbesondere begegnet jedes Wort, womit eine Lanze für schärfere Handhabung derjenigen Mittel gebrochen wird, welche dem Staate zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gegeben sind, in den Kreisen, die sich um die Banner der liberalen Presse scharen, teils heftiger Opposition, teils mitleidigem oder höhnischem Lächeln. Diese Thatsache, von deren Vorhandensein sich jeder leicht überzeugen kann, der in größerem Kreise obige Ansicht vertritt, muß umsomehr auffallen, als man unsrer Zeit, in der die Sonderinteressen so rückhaltlos einander bekämpfen und der Einzelne seine Ziele oft in so brutaler Weise verfolgt, nicht gerade das Zeugnis ausstellen kann, sie trage den Stempel der christlichen Liebe. Wird einmal ein Wort laut, welches nur einen annähernd inhumanen Beigeschmack hat, so brennt's an allen Ecken, und in dem Lager, wo die wahre Humanität nie gekannt ist, am allermeisten.

Der Begriff „Humanität“ ist in unsrer Zeit zu einem wahren Übel geworden. In den meisten Fällen wird er von Leuten im Munde geführt, die, ohne sich über den Begriff im klaren zu sein, darthun wollen, daß sie jeder Härte und Grausamkeit der guten alten Zeit abhold sind und den Übelthäter nur durch Belehrung und Güte auf den Pfad der Tugend zurückführen wollen — sofern er nur ihnen selbst nichts zu Leide gethan hat; denn das ist der wunde